

Az.: 67/3-566.00025/20/1.6.2
0015541

Änderungsbescheid

vom 03.05.2023

des Immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsbescheides

gemäß § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG)
vom 16.03.2023

für

**Windpark Haltern Moddefeld GmbH &
Co. KG**

Naendorf 1

48629 Metelen

zur

**Errichtung und Betrieb von neun Windener-
gieanlagen in 48612 Horstmar – Haltern und
48629 Metelen-Moddefeld**

I**Tenor**

Mit Bescheid vom 16.03.2023 wurden die Windenergieanlagen (WEA) des Typs Vestas V150 und Vestas V162 unter dem Aktenzeichen 566.0024/20/1.6.2 - 0015541 immissionsschutzrechtlich genehmigt.

Der o.g. Genehmigungsbescheid wird aufgrund des § 42 des Verwaltungsverfahrensgesetzes NRW (VwVfG NRW) wie folgt berichtigt:

Bei der im o.g. Genehmigungsbescheid und der dazugehörigen Zusammenfassenden Darstellung und begründeten Bewertung der Umweltauswirkungen nach § 20 Abs. 1a und 1b der 9.BImSchV genannten Postleitzahl der Gemeinde Metelen handelt es sich um eine offenbare Unrichtigkeit, welche wie folgt zu ersetzen ist: 48629 Metelen.

Desweiteren wird hiermit die Nebenbestimmung Nr.7 ziviles und militärisches Luftfahrtrecht, 7.13 des o.g. immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsbescheids vom 16.03.2023, Az.: 566.0024/20/1.6.2 gem. § 49 Abs.1 VwVfG NRW aufgehoben und durch nachfolgende Nebenbestimmung ersetzt:

„Für den Fall einer Störung der primären elektrischen Spannungsversorgung muss ein Ersatzstromversorgungskonzept vorliegen, das eine Versorgungsdauer von mindestens 16 Stunden gewährleistet. Im Fall der geplanten Abschaltung ist der Betrieb der Feuer bis zur Wiederherstellung der Spannungsversorgung sicherzustellen. Die Zeitdauer der Unterbrechung zwischen Ausfall der Netzversorgung und Umschalten auf die Ersatzstromversorgung darf 2 Minuten nicht überschreiten. Diese Vorgabe gilt nicht für die Infrarotkennzeichnung“.

II**Begründung**

Mit E-mail vom 26.04.2023 haben Sie auf die Unstimmigkeiten in der Ihnen, mit Datum vom 16.03.2023 erteilten Genehmigung nach § 4 BImSchG Az.: 566-0024/20/1.6.2 hingewiesen und gebeten diese zu ändern.

Der Antrag hat der Bezirksregierung Münster, Dezernat 26 – Luftverkehr und der unteren Immissionsschutzbehörde des Kreises Steinfurt zur Prüfung vorgelegen. Nach erfolgter Prüfung wurden die Nebenbestimmungen Ziffer 7.13, neu gefasst und die entsprechenden Ziffern im Änderungsbescheid vom 03.05.2023 aufgehoben.

Der redaktionelle Schreibfehler der Postleitzahl war ebenfalls zu korrigieren.

Dieser Änderungsbescheid ist dem Genehmigungsbescheid vom 16.03.2023 beizufügen.

III

Kostenentscheidung

Die Kosten des Verfahrens trägt der die Genehmigungsbehörde.

IV

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage erhoben werden. Die Klage ist beim Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Aegidiikirchplatz 5, 48143 Münster, schriftlich oder mündlich zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle einzureichen.

Die Klage kann auch durch Übermittlung eines elektronischen Dokuments an die elektronische Poststelle des Gerichts erhoben werden. Das elektronische Dokument muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur der verantwortenden Person versehen sein oder von der verantwortenden Person signiert und auf einem sicheren Übermittlungsweg gemäß § 55a Absatz 4 VwGO eingereicht werden. Es muss für die Bearbeitung durch das Gericht geeignet sein. Die technischen Rahmenbedingungen für die Übermittlung und die Eignung zur Bearbeitung durch das Gericht bestimmen sich nach näherer Maßgabe der Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung vom 24. November 2017 (BGBl. I S. 3803) in der jeweils geltenden Fassung.

Wird die Klage durch eine Rechtsanwältin oder einen Rechtsanwalt, eine Behörde oder eine juristische Person des öffentlichen Rechts einschließlich der von ihr zur Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben gebildeten Zusammenschlüsse erhoben, muss sie nach § 55d Satz 1 VwGO als elektronisches Dokument übermittelt werden.

Dies gilt nach § 55d Satz 2 VwGO auch für andere nach der VwGO vertretungsberechtigte Personen, denen ein sicherer Übermittlungsweg nach § 55a Absatz 4 Satz 1 Nummer 2 VwGO zur Verfügung steht.

Ist eine Übermittlung als elektronisches Dokument aus technischen Gründen vorübergehend nicht möglich, bleibt auch bei diesem Personenkreis nach § 55d Satz 1 und 2 VwGO die Klageerhebung mittels Schriftform oder zu Protokoll des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zulässig. Die vorübergehende Unmöglichkeit ist bei der Ersatzeinreichung oder unverzüglich danach glaubhaft zu machen; auf Anforderung ist ein elektronisches Dokument nachzureichen.

Hinweis: Weitere Informationen erhalten Sie auf der Internetseite www.justiz.de.

Im Auftrag

Marcel Schwarte